

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Annoncenpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Eingangspreis die beispaltene Petitzeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
u. s. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der zweite deutsche Arbeiterkongress

liegt hinter uns. Er wird — das kann ohne Ueberhebung gesagt werden — ein Markstein in der Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands und nicht minder ein wichtiger Anstoß der sozialpolitischen Gesetzgebungsmaschine sein. Mehr noch wie sein erster Vorgänger 1903 in Frankfurt hat dieser Kongress — ein Arbeiterkongress im wirklichen Sinne des Wortes — die Aufmerksamkeit aller Faktoren des öffentlichen Lebens auf sich gelenkt. Weder Freund noch Feind kann sich der Bedeutung dieser eindrucksvollen Tagung entziehen.

Zum ersten Mal sind der erste Beamte des Reichsamts des Innern, gleichzeitig Vertreter des Reichskanzlers, sowie der preussische Handelsminister, persönlich auf einem Arbeiterkongress erschienen, um dadurch das Interesse der obersten Staatsbehörden an der Tagung zu bekunden. Mögen auch die Gegner hämische Randglossen zu dieser Tatsache machen, was kümmert uns! Wir christlichen Arbeiter treiben praktische Gegenwartsarbeit und die Gelegenheit, zu den Vertretern der Sozialpolitik in persönliche Fühlung treten zu können, wird uns stets willkommen sein, um unsere Wünsche an maßgebender Stelle vorzutragen und dadurch unsere Bestrebungen ihrem Ziele näher zu bringen.

Das gilt sowohl für das Erscheinen des Herrn Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg und Handelsministers Dellbrück in der Eröffnungsfeier, als auch für die Ueberbringung der Kongressbeschlüsse durch die Deputation des Kongresses beim ersten Beamten des Deutschen Reiches, dem Herrn Reichskanzler Fürst Bülow.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch das Erscheinen und die Sympathieerklärungen von Vertretern aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, die wahrscheinlich aus Furcht Dunderschen Rücksichten ferngeblieben sind.

Der Verlauf des Kongresses kann als ein vollkommen gelungener bezeichnet werden; insbesondere können wir christlichen Gewerkschaftler mit dem Fazit der Verhandlungen zufrieden sein. Es mußte jedem objektiven Beobachter des Kongresses zum Bewußtsein kommen, daß der Kern der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften liegt. Das fühlten instinktiv auch die auffallend zahlreich (58) anwesenden Vertreter der katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, die denn auch nicht verfehlten, ihrer gereizten Stimmung durch heftige Vorwürfe an den gehaltenen Referaten und Diskussionsreden Ausdruck zu verleihen. Würden die Anhänger der christlichen Gewerkschaften in ähnlichem Ton geantwortet haben, dann wären zweifellos heftige Zusammenstöße unvermeidlich gewesen.

Marx hat der Kongress gebracht gegenüber der Furcht-Dunderschen Richtung, die anmaßend genug war, ihre Teilnahme am Kongress von der Anerkennung ihrer sogenannten „Grundsätze“ durch den Kongress abhängig zu machen. Treffend wurde vom Kongressvorsitzenden betont, wenn die Furcht-Dunderschen Bescheidener würden, möchten sie ruhig draußen bleiben.

Abgesehen von diesen beiden Fragen verlief der Kongress ohne jeden Mißton, in vollster Einmütigkeit, was am markantesten bei der Abstimmung über die vielen vorliegenden Anträge und Resolutionen zutage trat.

Die Treue zu Kaiser und Reich der auf dem Kongress vertretenen Million Staatsbürger kam wiederholt spontan zum Ausdruck. Das brausende Kaijerschrei bei der Eröffnung, das Ergebnistelegramm an Se. Majestät dem Kaiser, der jubelnde Beifall beim Eintreffen der kaiserlichen Rückantwort, das Glückwunschtelegramm zum Geburtsstag des Kaisers und Deutschlands.

Deutschland über alles“ als Schlusssakord der Tagung waren die äußeren Merkmale der monarchischen und vaterländischen Gesinnung in den Herzen der christlich-nationalen Arbeitererschaft.

Diese Tatsachen werden auch von jenen Leuten nicht unbeachtet bleiben können, die bisher so leicht bei der Hand waren, die christlichen Arbeiter mit der revolutionären Richtung in der Arbeiterbewegung in einen Topf zu werfen.

Viel Arbeit und praktische Arbeit ist vom Kongress geleistet worden. Das können selbst objektive Gegner nicht in Abrede stellen. Die Referate standen auf der Höhe und letztes so auch Zeugnis ab für den gewaltigen geistigen Fortschritt innerhalb unserer Bewegung. Stegerwalds Referat über die gegenwärtige sozialpolitische Situation war ein freimütiges Bekenntnis — ohne Rücksicht nach oben und unten — der innerhalb der christlich-nationalen Arbeitererschaft vorhandenen Stimmung. Die Fülle von Anträgen und Resolutionen, die das Referat auslöste, war ein deutlicher Beweis dafür, daß dieses Thema die Lebensnerven unserer Bewegung getroffen hatte.

An der ausgezeichneten Rede Dörings (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) über die Sonntagsruhe wirkte neben der Gebiegenheit des Vortrages der Umstand noch besonders sympathisch, daß der Redner mit großer Wärme das christliche Moment dieser Frage in den Vordergrund stellte. Nicht minder großen Eindruck machte das Referat über die Arbeiterinnenfrage von Fräulein Graß (W.Glabdach), die durch ihre ausgezeichnete Rednergabe und Wärme der Vortragsweise die Aufmerksamkeit des Kongresses — trotzdem es schon bald zu Ende ging — wie keiner der anderen Redner zu fesseln wußte. Der brausende, nicht endenwollende Beifall am Schluß dieses Referates möge den Arbeiterinnen ein Beweis dafür sein, daß die Arbeiterinnenbewegung das wohlverstandene Interesse der männlichen Kollegen in Anspruch nimmt.

Ein Glanzpunkt des Kongresses war das Referat des Verbandsvorsitzenden Wieber über den Arbeiterschutz in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie. Wir wollen an dieser Stelle darauf verzichten, den gewaltigen Eindruck näher zu schildern, den die Darlegungen unseres Verbandsvorsitzenden auf den Kongress und die vielen anwesenden Gäste hervorriefen. Es ist und bleibt ein unbestrittenes Verdienst des christlich-nationalen Arbeiterkongresses im allgemeinen und unseres christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes im besonderen, sich der armen gedrückten Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter in einer solchen nachdrucksvollen Weise angenommen zu haben. Dadurch gewinnt der zweite deutsche Arbeiterkongress für die sämtlichen Arbeiter der Metall- und Hüttenindustrie eine heute noch nicht abzusehende Bedeutung.

Eine Rundgebung von solchem Nachdruck, der durch die persönliche Aussprache unseres Kollegen Wieber beim Reichskanzler bis zur obersten Spitze unserer Reichsregierung vervollständigt wurde, wird uns keine der anderen Richtungen innerhalb der Arbeiterbewegung so bald nachahmen können. Heute stehen eine Million deutscher Arbeiter und Angestellten hinter den Forderungen der Arbeiter in der Großindustrie nach mehr Arbeiterschutz. Der zweite deutsche Arbeiterkongress hat diese Forderungen zu den seinigen gemacht und wieder die entscheidenden Faktoren noch die Unternehmer werden über diese Tatsache hinweggehen können. Die den Betriebsbesitzern nahestehende Presse ist auch schon in voller Tätigkeit, um die Wirkung der Verhandlungen in Berlin im Sinne der Unternehmerinteressen zu beeinflussen, worauf wir später noch eingehen werden.

Am besten geht die nachdrucksvolle Wirkung der Ausführungen Wiebers aus dem Verhalten der

sozialdemokratischen Presse hervor. Kein anderer Redner des Kongresses wird von der Sozialistenpresse so heftig angegriffen, bei keiner andern vom Kongress behandelten Frage arbeitet sie mit solchen schiefen Darstellungen, Unterschiebungen und direkten Fälschungen, wie bei dem Referat Wiebers über den Arbeiterschutz in der Großindustrie.

Der „Vorwärts“ und seine Nachbeter hüten sich ängstlich, die Rede Wiebers, nicht einmal die Resolution zu dieser Materie im Wortlaut zu bringen. Sie suchen nur zu kritisieren, herunterzureißen und fälschen die Wahrheit, indem sie ihren Lesern die Behauptung aufstischen, Wieber habe zwar radikal — wirklich sozialistisch jagt der „Vorwärts“ — geredet, aber den Unternehmern beiseite nicht wehtun wollen und deshalb am Schluß seiner Ausführungen nur Erhebungen verlangt. Die gemeine Fälschung, die in dieser Darstellung liegt, können wir nicht besser widerlegen, als den ersten Teil der von Wieber vorgeschlagenen und vom Kongress einstimmig angenommenen Resolution hier folgen zu lassen. Diese Stelle lautet:

„In Erwägung, daß in der schweren und gesundheitschädlichen Industrie infolge des forcierten Produktionsprozesses, der hastenden, langen und schweren Arbeit, der damit verbundenen großen Hitze und giftigen Gase die Unfälle und Krankheiten eine ungeheure Steigerung erfahren, bezugnehmend die Kraft der Arbeiter vor der Zeit aufgerieben, sanitäre und hygienische Einrichtungen vielfach mangelhaft sind oder gänzlich fehlen, die Koalitionsfreiheit sowie Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr gefährdet wird;

In weiterer Erwägung, daß die schwere Industrie eine Entwicklung genommen, die bezüglich Produktionssteigerung, Prosperität sowie Ertragnisse der Reingewinne für angelegte Kapitalien alle andern Erwerbszweige überflügelt, mithin dieselbe in der Lage ist, weitere materielle Aufwendungen zugunsten der beteiligten Arbeiter ertragen zu können,

erklärt der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongress einen erweiterten Arbeiterschutz in genannter Industrie für unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten, eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Einführung der achtstündigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter, bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Vorbeugung von Unfällen durch schärfere Unfallverhütungsvorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren der Sonntags- und Verbot der Frauenarbeit, Verhinderung des Mißbrauchs der Wohlfahrts-Einrichtungen und Sperrmaßregeln zum Nachteil der Koalitionsfreiheit usw.“

Damit vergleiche man die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, Wieber habe nur Erhebungen gefordert, um den Betriebsbesitzern nicht wehe zu tun. Das ist wieder ein Schulbeispiel von sozialdemokratischer Wahrheitsliebe und Verdrehungskunst, wie es anderwärts auch ein Zeugnis sozialdemokratischer Arbeiterfreundschaft ist, daß der „Vorwärts“ und die meisten übrigen roten Blätter die Verhandlungen des Kongresses totgeschwiegen haben.

Das allein zeigt die ganze Verlegenheit im sozialistischen Lager, wo man doch allmählich einsehen muß, daß die Alleinherrschaft der Partei des Umsturzes durch die machtvolle christliche Arbeiterbewegung ein für allemal gebrochen ist.

Mit neuem Mut, mit ungebrochener Begeisterung sind die Delegierten des 2. Deutschen Arbeiterkongresses wieder in ihren Wirkungskreis zurückgekehrt. Diese begeisterte Stimmung hat sich bis auf das letzte Mitglied der christlich-nationalen Organisationen übertragen, und jetzt heißt es, auf zu neuer Arbeit, zu neuen Erfolgen, sowohl auf dem Gebiet der Agitation wie der praktischen Gewerkschaftsarbeit.

Zweiter Verhandlungstag

Der Kongress, über dessen ersten Verhandlungstag wir bereits in voriger Nummer einen Bericht gaben, erfreute sich auch im weiteren Verlauf der größten Beachtung aus allen Kreisen. Zahlreiche Begrüßungsschreiben liefen ein, auch die Zahl der Ehrengäste vergrößerte sich.

Am 2. Verhandlungstage begrüßte Abg. Behrens als Vorsitzender den Delegierten des russischen Textilarbeiterverbandes in Lodz, ferner den früheren preussischen Handelsminister und jetzigen Präsidenten des Vereins für Sozialpolitik, dessen Erscheinen bei der Versammlung lebhaften Beifall auslöste.

Allgemeine sozialpolitische Lage

Referent A. Stegerwald-Köln, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, knüpfte seine längeren Ausführungen an die gegnerische Behauptung an, daß in Deutschland, trotzdem dort die umfassendste Arbeitergesetzgebung sei, die Arbeiter nicht zufrieden zu stellen seien.

Erst in den 80er Jahren wurde mit der staatl. Arbeiterfürsorge eingeseht; man schuf die Kranken- Unfall- u. Invalidenversicherungsgesetze, die aber zur Ausübung der Arbeiter mit der Gesellschaft indes in bedeutendem Maße nicht beitragen; die Gesetzgeber verstanden die „Psychologie“ der Arbeiter nicht.

Die Arbeiter verlangten neben sozialer Fürsorge, mehr Freiheit, mehr gesellschaftliche Rechte. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen und die gewerkschaftlichen Organisationen Erfolge zu erzielen begonnen, erschien die Fichtenschriften, die der sozialdemokratischen Agitation erneuert unerschöpfliche Dienste leistete.

Die plutokratischen Wahlsysteme zu den Einzelkandidaten und den Gemeinderäten waren ebenfalls für den sozialdemokratischen Klassenkampf durchaus geeignet. Der Hinweis, daß die Sozialdemokratie bei den vorletzten Reichstagswahlen in Preußen 1 600 000 Stimmen erhielt, aber nicht ein Mandat zum preussischen Landtag zu erringen vermochte, ist für die revolutionäre Theoretiker der Sozialdemokratie Wasser auf ihre Mühlen.

Selbst heute kann man sich bis zu den höchsten Regierungsstellen in die Gedankenwelt der Arbeiter noch nicht hineinfinden. Somit hätte man in den letzten Jahren, wo eine ausstrahlende christlich-nationale Arbeiterbewegung sich gebildet hat, die gesellschaftliche Sozialreform nicht auf einem toten Gleise stellen dürfen.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge ist in Deutschland für die Arbeiter durch die Gesetzgebung mehr geleistet worden, als in irgend einem anderen Staat der Welt. In Deutschland ist jeder dritte Mann gegen Unfall, jeder vierte gegen Invalidität und jeder fünfte gegen Krankheit versichert.

Der Referent wendet sich dann der Sozialpolitik in den letzten Jahren zu: In der letzten Legislaturperiode des Reichstages war die politische Erde äußerst arm als größere sozialpolitische Tat kann lediglich das Gesetz betr. die Kaufmannsgerichte registriert werden.

Dazu kommen noch Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter: Durch den Paragraph 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes kommen alle Einkommen bis zu 3000 Mark auch solche, die durch Heberstunden, Nachschichten usw. entstehen bis auf den letzten Pfennig zur Einziehung.

Manchen Kreisen werden solche Feststellungen nicht unangenehm zu Ohren klingen. Das kann mich nicht abhalten zu sagen was ich. Denn die Herren, die sich nicht über die Lage der Arbeiter hinwegsetzen können, bei

Waynehmung ihrer Interessen eine deutsche Sprache reden oder auf Handwerkerkongressen manchmal Gott und der Welt das Vertrauen gekündigt wird so findet man das in der Regel verständlich.

Frankfurter Kongressforderungen

ist bis jetzt noch keine durch die Gesetzgebung verwirklicht worden. Wohl wurde im vorigen Jahre dem Reichstag ein Gesetzesentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt. Wenn dieses Monstrum von Vorlage Gesetz geworden wäre hätten jedenfalls die Berufsvereine auf die Erwerbung von Rechtsfähigkeit verzichtet.

Die Frage der „Arbeitskammern“ ist in Angriff genommen. Nach den Mitteilungen Posadowskys ist ein Entwurf in der Ausarbeitung begriffen, welcher den Bundesregierungen zur Vorbereitung vorgelegt werden soll.

Eine Kardinalforderung unserer letzten Tagung war die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, dahingehend, daß der Paragraph 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung findet.

Neuerdings droht dem freien Koalitionsrecht Gefahr in Genuß zu kommen die sowohl arbeitgeber- wie arbeitnehmerseitig gut organisiert sind dort kommen in neuester Zeit sogenannte Monopolverträge zustande.

Bei der Behandlung der gegenwärtig lebenden sozialpolitischen Projekte führt Köhner aus: Dem Reichstage liegen gegenwärtig eine Anzahl meist kleinerer sozialpolitischer Gesetzesentwürfe vor, denen, wie verlautet, auch einige bedeutendere Vorlagen folgen sollen.

Der gegenwärtig lebendige Maximalarbeitsstag ist nicht mehr Stoff auf die Frauen zu beschränken. Alle modernen Kulturländer haben einen gesetzlichen Maximalarbeitsstag eingeführt, und der Beschlusstext und teilweise eine noch kürzere Arbeitszeit besteht schon für den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiter.

Der gegenwärtig lebendige Maximalarbeitsstag ist nicht mehr Stoff auf die Frauen zu beschränken. Alle modernen Kulturländer haben einen gesetzlichen Maximalarbeitsstag eingeführt, und der Beschlusstext und teilweise eine noch kürzere Arbeitszeit besteht schon für den weitaus größten Teil der deutschen Arbeiter.

Aufgaben der nächsten Zeit

Die deutsche Arbeitergesetzgebung leidet an zwei Fehlern: sie ist mit der Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt gehalten und beruht zu wenig Sogfähigkeit. Seit Inangriffnahme der Arbeitergesetzgebung hat in Deutschland eine ganz gewaltige Kapitalkonzentration stattgefunden.

Die deutsche Arbeitergesetzgebung leidet an zwei Fehlern: sie ist mit der Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt gehalten und beruht zu wenig Sogfähigkeit. Seit Inangriffnahme der Arbeitergesetzgebung hat in Deutschland eine ganz gewaltige Kapitalkonzentration stattgefunden.

Die Einwirkung des Gesetzgebungsprozesses betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat gezeigt, daß die deutsche Sozialpolitik zu wenig planmäßig und zusammenfassend betrieben wird, weil die sozialpolitische Initiative der Arbeiter im Gegensatz zum preussischen Landtag im Reichstag größer ist, als die der Regierung.

Unter diesen Umständen beschränken wir uns auf die folgenden Wünsche, dessen baldige Inangriffnahme wir fordern: 1. Die Schaffung einer modernen Gesindeordnung. Die gegenwärtigen Gesindeordnungen sind längst veraltet.

2. Ein Fremdenrecht erteilt sich als dringend notwendig Hunderttausende ausländische Arbeiter in Deutschland für der Willkür der Behörden ausgesetzt und erweisen sich durch den Emporkommen der deutschen Arbeiterschaft hinderlich.

3. Bei den sozialen Wahlen ist allgemein das Proportionalstimmrecht in Anwendung zu bringen wie bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten. 4. Die Einführung von Handelskassenzellen muß ebenfalls nachdrücklich gefordert werden.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall angenommen und löste eine rege und interessante Debatte aus.

Gleich zu Beginn der Debatte gab es eine Auseinandersetzung bezüglich der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Der Saarverband evangelischer Arbeitervereine hat einen entwürdeten Beschluß gefaßt gegen die angebliche Nichteinladung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu diesem Kongresse. Dazu nahm dann der Abg. Behrens zu einer grundsätzlichen Aussprache das Wort. Er verwies auf die in der Presse bereits zurückgewiesene neueste Erklärung des Zentralrats der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Der H.-D. Verteidiger aus dem Saargebiet beging bei dieser Gelegenheit die bedauerliche Taktlosigkeit, die Person des Ministers a. D. Berlepsch in die Debatte hineinzuziehen und dessen Bemühungen um eine Verständigung, trotzdem sie einen streng vertraulichen Charakter trugen, an die Öffentlichkeit zu zerren.

zalen Praxis" die nötigen Anweisungen zu geben. Vom Kongressvorsitzenden wurde die Taktlosigkeit des H.-D. Sprechers unter lebhafter Zustimmung des Kongresses ganz entschieden gerügt. — Das Resultat dieses Zwischenalles bedeutet nicht mehr und nicht weniger wie eine große Blamage für die Verteidiger der H.-D. Richtung und auch für diese selbst, die sich mit ihrer genialen Strategie selbst auf ein totes Nebengleise verirrt haben.

Mit zur Beratung gestellt wurden fogleich die inzwischen eingegangenen Resolutionen. Sie betreffen 1. die „gelben“ Gewerkschaften, gegen die entschieden protestiert wird; 2. die Maßregelungen von 10 Mitgliedern des Steigerverbandes durch die Grunderherren des Ruhrreviers; 3. die Ablehnung des Knappschaftsstatuts des Bochumer Knappschaftsvereins, deren Billigung durch den Kongress beantragt wird; 4. die stärkere Pflege der Sozialpolitik in den Einzelhandeltagen; 5. die Verhältniswahl für die Gewerbetreibende und Krankenkassen; 6. die Besteuerung der Konsumgenossenschaften, gegen die protestiert wird; 7. den Protest gegen die Beseitigung der kleinen landwirtschaftlichen Renten; 8. das Reichsberggesetz.

Diese Resolutionen wurden einer Redaktionskommission überwiesen, die ihre definitive Annahme am Schlusse des Kongresses vorbereiten soll.

In der Diskussion über das Referat von Steigerwald wandte sich Rafflenbeul-Essen (evang. Arbeiter-Ver.) gegen die gelben Gewerkschaften, deren Prinzipien und Tendenzen eine schwere Gefahr für unser ganzes Volksleben bedeuteten.

Langer-Köln (Bauhandw.-Verb.) ging auf die Schwierigkeiten ein, die den christlichen Gewerkschaften von manchen Behörden bei der Organisation der ausländischen Arbeiter gemacht wurden. In Remscheid seien italienische Streikbrecher im neuen Rathaus einquartiert worden.

Der nächste Redner, Javorski-Duitsburg, wandte sich gegen den Bürokratismus in der Versicherungsgesetzgebung, kritisierte die Rechtsprechung mancher Gerichte und erhob Einspruch gegen die angekündigte Bestimmung im neuen Vereinsgesetz, daß den Arbeitern nichtdeutscher Zunge der Gebrauch der Muttersprache in öffentlichen Versammlungen verboten werden soll.

Arbeitersekretär Richter von den Berliner Fachabteilungen versuchte an mehreren Fragen herumzunörgeln und fand teilweise heftigen Widerspruch. — Kratochwil-München (bayern. Postverband) wies auf den Unterschied hin, der in der Behandlung der Staatsarbeiter und -Angestellten-Organisationen seitens der Behörden zutage trete.

Fräulein Behm-Berlin nahm sich in warmen Worten der Heimarbeiterinnen an. Sie verlangte die Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung und Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie, sowie eine Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbeamten. — Arbeitersekretär Mather-Düsseldorf (kath. Arb.-Ver.) protestiert gegen die Bestrebungen zur Beseitigung der kleinen Unfallrenten.

Nachdem die Diskussion ihr Ende gefunden beschloß die Versammlung die Verlegung der Abstimmung über die Resolutionen auf den Schluß des Kongresses. Es folgte dann das Referat über

Die Sonntagsruhe

Der Referent Richard Döring, Mitglied der Vertretung des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Hamburg, führte dazu aus: Im Laufe der letzten zehn Jahre hat die Sonntagsgesetzgebung in einer ganzen Reihe europäischer Staaten bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Belgien, Spanien, Rumänien, die Schweiz haben Sonntagsgesetze erlassen, oder die bestehenden Gesetze verbessert, und in Italien steht die Sonntagsruhe auf der Tagesordnung. Im Deutschen Reich dagegen haben wir im Laufe der letzten 15 Jahre in der Sonntagsgesetzgebung keinen nennenswerten, durchgreifenden Fortschritt zu verzeichnen gehabt.

Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit der Reformbedürftigkeit der bestehenden Bestimmungen die von allen möglichen Instanzen so auch vom Grafen v. Posadowsky wiederholt anerkannt worden sei. Besonders verweist er bei den Kommunen die in dieser Frage völlig verjagt hätten. Von 3397 Gemeinden hätten nur 78 die fünfständige Höchstleistungszeit um eine Stunde verkürzt. Am grellsten trete der Mißerfolg mit der Ueberweisung der Sonntagsruhe-Frage an die Gemeinden hervor dann in dem „Ausnahme“-Wesen von der fünfständigen Beschäftigungszeit. Weiter bespricht er die Wirkungslosigkeit dieses Gesetzes für die Gehilfen der Anwälte, für die technischen Angestellten, für die Apotheker und speziell für das Verkehrsgewerbe, besonders die Binnenschifffahrt, deren Verhältnisse er durch ein sehr drastisches Zahlenmaterial beleuchtet. Nicht viel besser liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben. Die Angestellten des Gast- und Schenkwirtschaftsgewerbes sind so gut wie gänzlich ohne Schutz. Im Säbengerwerbe sträubt sich die Meisterchaft gegen die Einführung der Sonntagsruhe, die der Redner durchaus für möglich hält. Ähnlich steht es im Fleischergewerbe, wo nach den Berliner Erfahrungen die Sonntagsbeschäftigungen gänzlich üblich sind. Für das Tischlergewerbe ist neuerdings vielfach die Bildung von Genossenschaften zu konstatieren, bei denen die Genossen während des ganzen Sonntags arbeiten. Für das Barbiergewerbe verlangt er eine höchstens fünfständige, mittags um 2 Uhr beginnende Beschäftigungszeit. Auch in die Heimarbeit muß mit gelegentlichen Bestimmungen gegen die Sonn-

tagsarbeit vorgegangen werden. Zum Schluß bespricht der Redner das Ausnahmewesen in Bergwerken, Fabrikten und Aufbereitungsanstalten und verlangt auch dort energische Abhilfe. Einen wesentlichen Anreiz für die häufigen Ueberletzungen der Vorschriften über die Sonntagsruhe findet er in den geringen Strafen die deswegen verhängt werden und über die sich vielfach sogar die Gewerbeinspektionen bitter beklagen.

Der Vortrag fiel schließlich auf die Forderung des von der Regierung bereits 1902 in Aussicht gestellten Gesetzesentwurfs hinaus. Daneben empfahl er die Selbsthilfe die Beseitigung der Einläufe an Sonntagen. Der Redner legt der Versammlung alsdann die folgende Resolution vor:

Der zweite deutsche Arbeiterkongress richtet an den Bundesrat das Ersuchen den in der 16. Kommission des Reichstages vom Jahre 1899 bereits angekündigten Gesetzesentwurf betreffend Neuregelung der Sonntagsruhe dem Deutschen Reichstage nun endlich zugehen zu lassen und darin vor allem die völlige Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe vorzusehen.

Zum Schluß wandte sich noch Staatssekretär a. D. Berlepsh der inzwischen wieder erschienen war, an die Versammlung mit einer Aufklärung über die Frage der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Er habe die Hinzuziehung dieser Organisation zu diesem Kongresse für wünschenswert gehalten und daher Verhandlungen zwischen beiden Richtungen angebahnt. Er habe jedoch wahrnehmen müssen daß die Stimmung zwischen beiden sehr feindselig sei. Er werde versuchen weiter für die Einigung zu arbeiten und er bitte im Interesse dieser Einigung die Vergangenheit ruhen zu lassen.

Darauf vertagte der Kongress sich auf Dienstag um 9 Uhr.

(Ueber den letzten Verhandlungstag werden wir in der nächsten Nummer berichten und das Referat des Kollegen Wieber noch ausführlich an besonderer Stelle wiedergeben.)

Beim Reichskanzler

Gemäß einem Beschluß des Kongresses überbrachte eine Deputation am Donnerstag den 24. Oktober die Wünsche und Beschlüsse des zweiten deutschen Arbeiterkongresses, dem zurzeit in Klein-Flottbeck bei Altona weilenden Reichskanzler Fürsten von Bülow. Zu der Abordnung gehörten die Herren: Behrens, Schiffer, Wieber, Schack, Wiedberg, Kratochwil und Fräulein Behm.

Die Abordnung wurde bei ihrer Ankunft von dem Gesandten v. Müller begrüßt und in das Arbeitszimmer des Reichskanzlers geleitet. Hier hielt der Sprecher der Abordnung an den Fürsten nachstehende Ansprache:

Durchlaucht, Der zweite deutsche Arbeiterkongress hat uns den Auftrag erteilt, Eurer Durchlaucht die Beschlüsse des Kongresses zu überbringen. Vertreter von über einer Million christlich-national gesinnter Arbeiter waren in Berlin versammelt, um gemeinsam über ihre sozialpolitischen Angelegenheiten zu beraten. Neben einer Aussprache über die sozialpolitische Lage im allgemeinen stand der Arbeiterschutz in den schweren und gesundheitsgefährlichen Industrien, sowie die Sonntagsruhe und die Arbeiterinnenfrage zur Verhandlung. Seit dem ersten Kongress vor vier Jahren hat unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung eine gute Entwicklung sowohl in Bezug auf unsere äußere Ausdehnung wie auch auf inneren Ausbau erfahren. Mit Erfolg hat die christlich-nationale Arbeiterschaft bewirkt, daß ein größerer Teil der durch soziale Gesetzgebung der Arbeiterschaft eingeräumten Vertretungen bei Gewerbegerichten und der Arbeiterversicherung von befähigten Männern ihrer Gesinnung besetzt wurden. Der Kongress hält es für nötig, daß das Verhältnisystem für alle sozialen Wahlen reichsgesetzlich eingeführt wird. Daß seit dem Frankfurter Kongress vor vier Jahren von den danach beschlossenen Forderungen bis heute noch keine einzige gesetzliche Erledigung gefunden hat, rief bei unsern Kameraden im Lande Befremden hervor. Ganz besonderen Wert legt die christlich-nationale Arbeiterschaft auf Sicherung und Ausbau der Koalitionsfreiheit; auch die Gewährung des ungehinderten Organisationsrechts ohne Streikrecht an die Staatsbediensteten ist dringend erforderlich. Durch ein weiteres Ruhenlassen der Sozialreform auf dem genannten Gebiete wird unser Bestreben, der deutschen Arbeiterschaft durch ernste soziale Arbeit nach christlich-nationalen Grundsätzen zu nützen, erheblich erschwert und wird den verneinenden Kräften im Volksleben neue Nahrung zugeführt. Die Zustände in den schweren und gesundheitsgefährlichen Industrien bedürfen sehr der erhöhten Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. Ein besserer Arbeiterschutz ist in diesen Industrien unerlässlich; ebenso ist eine baldige Durchführung der völligen Sonntagsruhe im Handels- und Säbengerwerbe notwendig. Auch die Wünsche der Arbeiterinnen an die Gesetzgebung verdienen baldige Berücksichtigung. Wir überbringen Eurer Durchlaucht die Beschlüsse und die Drucksachen des Kongresses. Die Delegierten, die unbeauftragten, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich unsern Wünschen entgegenstellen könnten; aber sie sind auch zugleich der festen Ueberzeugung, daß es im zwingenden Interesse des Vaterlandes liegt, den Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied dem nationalen Volkskörper einzuordnen und die deutsche Arbeiterschaft durch er-

höhten Schutz und Sicherung ihrer Rechte im allgemeinen Interesse schaffensfreudig zu erhalten. Wir versichern Eurer Durchlaucht, daß die auf dem Kongress vertretenen Arbeiter erfüllt sind von herzlicher Treue und Liebe zu unserm erlauchtem Kaiser und unserm deutschen Vaterland. Wir werden auch ferner dafür wirken, diese Gesinnung zu pflegen und zu festigen.

Der Reichskanzler erwiderte wie folgt:

Meine Herren, es ist mir eine aufrichtige Freude, Sie als die Delegierten des zweiten deutschen Arbeiterkongresses heute bei mir zu sehen. Seit dem Frankfurter Kongress haben sich die Ihnen angeschlossenen Vereinigungen in beachtenswerter Weise vermehrt und zugleich an Mitgliederzahl erheblich zugenommen. Mit Genugtuung entnehme ich in Uebereinstimmung mit Ihnen daraus den Beweis, daß in den deutschen Arbeitern noch in weiten Kreisen eine Stätte für die Betätigung christlich-nationaler, monarchischer Gesinnung vorhanden ist. Möge es Ihnen gelingen, diesen christlichen und deutschen Sinn weiter zu fördern und zu pflegen. Ueber die Lage derjenigen Angelegenheiten, welche Sie bei unserer vorigen Besprechung in den Vordergrund gestellt haben, ist Ihnen durch den Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung gemacht worden. Ich füge hinzu, daß ich meinerseits alles tun werde, um die Einbringung und parlamentarische Erledigung des in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetzes und des Arbeitskammergesetzes zu fördern. Was die Gegenstände Ihrer soeben abgeschlossenen Tagung betrifft, so liegt mir die Frage der Sonntagsruhe besonders am Herzen. Ich sehe in der Sonntagsruhe eine der Lebensquellen für unser gesamtes Volkstum und werde dafür Sorge tragen, daß bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über eine Revision dieser Bestimmungen nur insoweit Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit zugelassen werden, als dies mit Rücksicht auf unabwiesbare Bedürfnisse geboten ist. Die Verhandlungen des Reichstages im letzten Frühjahr haben die besondere Aufmerksamkeit der obersten Reichs- und Staatsbehörden auf die Verhältnisse in der Großindustrie gelenkt. Namentlich über etwa vorhandene Mißstände in den sanitären Arbeiterverhältnissen und der Abmessung der Arbeitszeiten bestimmter Arbeiterklassen hat der preussische Herr Handelsminister eine Aufklärung bereits in die Wege geleitet. Die demnächstige Regelung wird unter billiger Abwägung aller Interessen und nicht ohne Anhörung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erfolgen. Seien Sie versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers durchgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat, und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Volksgemeinschaft getragen sein muß. Nichts aber wird das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die gesamte deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfang auf den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennst sie sich zu einer Solidarität mit den andern Ständen, die auf der anderen Seite nicht unerwidert bleiben kann und die Freude stärkt zu weiterem Fortschreiten auf sozialem Boden. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertritt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes heben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und befestigen. Diese Ihre Bestrebungen nach Kräften zu fördern, betrachte ich als eine meiner vornehmsten Aufgaben.

Der Reichskanzler verteilte noch längere Zeit im Gespräch mit den Delegierten. Die einzelnen Mitglieder der Abordnung brachten dabei in freimütiger Weise ihre besonderen Wünsche zum Ausdruck, die der Reichskanzler mit großer Aufmerksamkeit anhörte.

Zusbesondere bezeugte der Reichskanzler auch ein großes Interesse für die Darlegungen unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber über die Verhältnisse in der Großindustrie und die diesbezüglichen Reformvorschlüge zur Besserung der hier vorliegenden Zustände. So sind die berechtigten Wünsche der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter durch die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes auch bis zum ersten Beamten des Reiches persönlich zum Ausdruck gebracht worden.

Diese Tatsache verdient besonders hervorgehoben zu werden, wie wir auch, nach den Aeußerungen des Reichskanzlers zu schließen, jetzt die begründete Hoffnung hegen dürfen, daß der Arbeiterschutz in der Großindustrie von der Gesetzgebung endlich in Angriff genommen wird. Ein Hauptdienst an dieser erfreulichen Tatsache gebührt der christlichen Arbeiterbewegung.

an Vorzug des Anwartschafts angesehen werden. ... freudlicherweise haben sich die nationalen Arbeiter inzwisch...

Und zum Schluß heißt es:

Für Klärung der Sachlage muß noch einmal aus- drücklich betont werden: die Arbeitgeber können und wollen die Organisation ihrer Arbeiter nicht verhindern. Soweit sie sich im Rahmen einer verlässigen Wirtschaftspolitik einer angemessenen Vertretung berechtigter Interessen hält...

Aus der Montanindustrie.

Vereinigte Stahlwerke von der Thy- pen und Wismarer Eisenhütten A.-G., Hauptbetrieb in Köln-Deutz, haben einen äußerst günstigen Jah- rezabschluss für das verfloßene Geschäftsjahr auf- zuweisen. Der erzielte Rohgewinn beträgt einschließ- lich 253 588 Mk. Vortrag aus dem vorletzten Jahre...

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, A.-G. in Dortmund, hat ebenfalls ein ergeb- nisreiches Geschäftsjahr hinter sich. Im Verfolg des großkapitalistischen Bestrebens, auch den Handel voll- ständig aufzufangen, errichtete dieses Werk die Dortmund- Eisenhandlung, G. m. b. H. ...

Die Dütsch-Oesterreichischen Manne- mann-Röhrenwerke in Berlin und Düssel- dorf haben ihren Umsatz von 35 104 644 Mk. im Vorjahre auf 43 526 329 Mk. im letzten Geschäftsjahr gesteigert. Der Rohgewinn beträgt 9 524 827 Mk. ...

gang wird mitgeteilt, daß die Werte der Gesell- schaft nach wie vor voll beschäftigt seien, und der Bestand an Aufträgen am 1. Oktober höher gewesen sei, als am gleichen Tage des Vorjahres. Der Ein- gang neuer Aufträge sei auch beschreibend.

Die Wismarhütte in Oberschlesien erzielte einen Gewinn von Mk. 4 806 421 (gegen Mk. 3 324 480 im Vorjahre). Dabei sind die Erträ- gnisse aus dem in der Auflösung befindlichen Eisen- und Stahlwerk Bethlen-Salva, Aktiengesellschaft nicht verrechnet. Der auf den 16. November d. J. einzube- rufenden Hauptversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 25% auf ein Aktienkapital von Mk. 8 800 000 und von 12 1/2% auf Mk. 1 200 000 vorge- schlagen werden, (gegen 22% auf Mk. 6 000 000 im Vorjahre). Die Abschreibungen betragen Mk. 1 800 000 (Mk. 1 600 000). Der nach der Bewilligung von Belohnungen an Beamte und Zuwendungen an die Beamten- und Arbeiter-Ruhegehaltsklassen, Wohl- fahrtszwecke und nach Abzug der Gewinnanteile ver- bleibende Vortrag auf neue Rechnung beträgt Mk. 143 563 (Mk. 29 284). — Hätte der Aufsichtsrat bei diesem Riesengewinn nicht auch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne beschließen können?

Das Westdeutsche Eisenwerk A.-G. in Kraib bei Essen an der Ruhr bemerkt in seinem Geschäftsbericht, daß die Ergebnisse die Erwartun- gen übertroffen hätten. Der Abschluß für das ver- floßene Geschäftsjahr ergab einen Betriebsgewinn von 1 067 842 Mk. (im Vorjahre 818 632 Mk.). Nach Abzug von 151 130 Mk. (97 050 Mk.) Unkosten und 173 362 Mk. (129 995 Mk.) Abschreibungen stellt sich der Reingewinn, zuzüglich 10 192 Mk. (20 870 Mk.) Vortrag, auf 753 543 Mk. (611 856 Mk.). Für den- selben wird folgende Verwendung vorgeschlagen: Rücklage 44 400 Mk. (30 600 Mk.), Sonderrücklage 50 000 Mk. (75 000 Mk.), Gewinnanteile 102 054 Mk. (76 063 Mk.), Beamtenunterstützungs- und Versor- gungskasse 5000 Mk. (wie im V.), Unterstützung von Arbeitern und Beamten 40 000 Mk. (wie im V.), 20% (15%) Dividende gleich 500 000 Mk. (375 000 Mk.) und Vortrag 12 088 Mk. (10 192 Mk.). Mit dem Sprung von 15 auf 20% Dividende werden die Aktionäre gewiß zufrieden sein können. Ob die Ar- beiterlöhne auch dementsprechend gestiegen sind?

Die Kalker Werkzeugmaschinenfab- rik, Breuer, Schumacher & Co., A.-G. zu Kalk bei Köln a. Rh. ist ebenfalls in der ange- nehmen Lage, über ein ergebnisreiches Geschäftsjahr berichten zu können und bezeichnet auch die Aussichten für die Zukunft als durchaus günstig. Der Reingewinn des am 30. Juni beendigten Rech- nungsjahres beträgt Mk. 729 660 (im Vorjahre Mk. 628 348). Zu Abschreibungen wurden Mk. 254 587 (Mk. 228 063) bestimmt, jedoch ein Reingewinn von Mk. 475 073 (Mk. 400 285) verbleibt; dazu tritt der Gewinnvortrag des vorigen Geschäftsjahres von Mk. 175 454 (Mk. 166 219), zusammen Mk. 650 527 (Mk. 566 504). Der Rücklage sollen Mk. 23 754 (Mk. 20 014) zugewiesen, eine Dividende von 10% ist Mk. 360 000 (9% ist Mk. 324 000) verteilt, zu Ge- winnanteilen Mk. 54 490 (Mk. 47 036) benutzt und auf neue Rechnung Mk. 212 284 vorgetragen werden.

Der Jahresabschluss der Maschinenbau-An- stalt Humboldt in Kalk weist, nach Deckung der Unkosten und der ordentlichen Abschreibungen in Höhe von Mk. 779 117 (im Vorjahr Mk. 479 085), einen Reingewinn von Mk. 1 879 072 (Mk. 1 441 951) auf. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 14. Dezember stattfindenden Hauptversammlung vorzu- schlagen, aus dem Reingewinn dem Unterstützungs- bestand Mk. 10 000 (Mk. 9123) zuzuwenden, dem Vorstand für Belohnungen und Unterstützungen an Beamte, Meister, Arbeiter, Witwen und Waisen, so- wie für besondere Wohltätigkeits- und gemeinnützige Zwecke Mk. 100 000 zur Verfügung zu stellen; ferner eine an die Aktionäre sofort zahlbare Dividende von 8% (7 1/2% im Jahre vorher) auf das Aktien- kapital von Mk. 10 500 000 zur Verteilung zu brin- gen und den alsdann verbleibenden Rest von Mk. 433 058 (Mk. 147 879) auf neue Rechnung vorzu- tragen.

Die Westfälischen Drahtwerke in Werne bei Langendreer haben auch im verfloßenen Geschäftsjahr wieder einen sehr günstigen Abschluß zu verzeichnen. Der Rohgewinn beträgt 1 669 509 Mk. (im Vorjahre 1 499 637 Mk.). Nach Abzug aller Un- kosten und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1 411 366 Mk., wovon wieder wie im Vorjahre 28 Prozent Dividende zur Verteilung gelangen. Dem Arbeiterunterstützungsfonds werden 14 095 Mk. (im Vorjahr 20 000 Mk.) zugewiesen und 196 933 Mk. auf neue Rechnung für das laufende Jahr vorzu- tragen. — Wie winzig nimmt sich hier die für den Arbeiterunterstützungsfonds bestimmte Summe gegenüber dem Riesengewinn aus. Trotzdem sind es „Wohlfahrten“ und viele Leute glauben daran.

Die Charlottenhütte A.-G. in Rieder- schelden kann in ihrem Jahresbericht über ein gutes Geschäftsjahr berichten. Das Aktienkapital wurde um eine Million erhöht und beträgt nunmehr 4 047 000 Mk. Der Rohgewinn der Gesellschaft be- trägt 1 063 139 Mk., dazu aus dem Verkauf der Hän- delstrolche 35 204 Mk., zusammen 1 098 343 Mk.

Der Aufsichtsrat schlägt eine Verteilung von 10 Prozent Dividende vor. Das Werk ist noch gut beschäftigt und mit Aufträgen bis zum Schluß des Kalenderjahres versehen.

Die Bergbau- und Hütten-A.-G. Fried- richshütte in Herborn nahm in ihrer kürzlich stattgefundenen Generalversammlung einstimmig und ohne Erörterung den Geschäftsbericht entgegen, stimmte den Vorschlägen der Verwaltung bezüglich der Gewinnverteilung zu und setzte demgemäß die sofort zahlbare Dividende auf 16 Proz. fest. Bezüglich der Aussichten führte Direktor Emil Eisen- berg (Wehbach) aus, daß das Unternehmen einste- weiligen noch gut beschäftigt sei. Für die nicht syn- dizierten Erzeugnisse hätten zwar die Preise stark nachgelassen; die Gesellschaft habe aber bezüglich dieser Erzeugnisse noch eine Reihe guter Abschlüsse zu den älteren, besseren Preisen vorliegen. Ueber die weiteren Aussichten ließen sich schwer bestimmte Angaben machen.

Die A.-G. Eisenindustrie zu Mendon und Schwerte verzeichnet einen Reingewinn von Mk. 626 555 (Mk. 391 699). Der Aufsichtsrat beschloß, der einzuberufenden Hauptversammlung vorzuschlagen, aus diesem Gewinn eine Dividende von 8 Proz. (6 Proz.) zu verteilen, die Sonderrücklage durch Zu- weisung von Mk. 58 378 (0) auf Mk. 100 000 zu er- höhen und Mk. 28 109 (Mk. 14 873) auf neue Rech- nung vorzutragen.

Das Schwelmer Eisenwerk Müller u. Co., A.-G. in Schwelm i. W. weist einen Rohüber- schuß auf Werkbetriebs-Rechnung von 426 402 Mk. (gegen 365 842 Mk. im Vorjahre) auf. Nach Ber- rechnung der Unkosten und Vornahme von Abschrei- bungen in der Höhe von 73 829 Mk. (70 739 Mk.) verbleibt, einschließlich des Vortrages aus dem Vor- jahre, ein Reingewinn von 260 121 Mk. Nach den üblichen Abschreibungen und Rücklagen sollen 150 000 Mk. oder 10 Prozent Dividende zur Ver- teilung gelangen.

Von weiteren Abschlüssen resp. Vorschlägen der Verwaltungen oder Aufsichtsräten seien dann noch folgende verzeichnet:

Table with 3 columns: Company Name, 1905/06 %, 1906/07 %. Includes entries like Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co., A.-G. in Bielefeld (6, 8), Fabrik für Eisenbahnbedarf, Brenne, Langarter & Co., A.-G. in Haspe (8, 12), Hagener Gussstahlwerke A.-G. in Hagen (5, 5), Gasmotoren-Fabrik Deutz (6, 6), Völk, Kellering & Co., A.-G. in Bentrath bei Düsseldorf (8, 9), Alexanderwerk H. von der Nahmer, A.-G. in Remscheid (7, 6), Schweißer-Ratinger Maschinenbau A.-G. in Schweifer-Lue (0, 6), Stahlwerk Rich. Lindenberg, A.-G. in Remscheid (Vorzugsaktien) (9, 9), Geisweider Eisenwerke A.-G., Vorbe- fahrer J. H. Dresler in Geisweid (Vorzugsaktien) (18, 16), Weiersberg, Kirshberg & Co., A.-G. für Waffen und Fahrradteile in Solingen (6, 6), Baroper Maschinenbau-A.-G. (Vorzugsaktien) (0, 12), (Stammaktien) (0, 6), Maschinenfabrik Deutschland, A.-G. in Dortmund (12, 18), Stahlwerke Defing, A.-G. in Düssel- dorf (10, 10), Siegen-Sollinger Gussstahl-Aktien-Ver- ein in Solingen (5, 8 1/2), Karl Berg, A.-G. in Eveling i. W. (8, 8), Chemische Fabrik vorm. Geolin, A.-G. in Düsseldorf (12, 12), Eisengießerei und Schloßfabrik, vorm. Gebrüder Judick in Velbert (7, 7), Neumalzwert, A.-G. in Bösserpe i. W. (7 1/2, 9), Chemische Fabrik Hönningen, vorm. Wather Feld & Co., A.-G. in Hön- ningen am Rhein (10, 10), Vogt & Wolf, A.-G. in Gütersloh i. W. (11, 12), Köln-Wüssener Bergwerks-Aktien-Ver- ein in Kreuztal (Kreis Siegen) (9, 9), Düsseldorf Eisenbahnbedarf normals R. Weyer & Co., D.-Oberbiff. (19, 22), Schloßfabrik A.-G., vorm. W. Schulte in Schlagbaum bei Velbert (8 1/2, 10), Eisenwerke Gaggenau, A.-G. (8, 6 1/2), Düsseldorf Röhrenindustrie in Düssel- dorf-Oberbiff. (15, 15), Vereinigte Silberwarenfabriken, A.-G. in Düsseldorf (4, 4), Wittener Stahlröhrenwerke, in Witten a. d. Ruhr (23, 25).

Der Verband christlicher Eisen- und Metallarbeiter Oesterreichs.

In Oesterreich wurde die erste christliche Metallarbeiterorganisation in Wien und zwar im Dezember 1902 gegründet. Damals fehlte in Oesterreich noch vielfach das Verständnis für eine christliche Gewerkschaftsbewegung. Andererseits bemächtigten sich bald nach der Gründung der jungen Organisation Elemente, die sich jedes Vertrauen verweigerten und die Folge war, daß die Entwicklung des Verbandes keine erfreuliche war. Nach einigen Erfolgen ging die Mitgliederzahl, die bereits einige Hundert erreicht hatte, wieder stetig zurück und war Anfangs 1906 auf etwa 20 gesunken.

Die damals neugegründete christliche Gewerkschaftskommission für Niederösterreich nahm nun die Reubebung der Metallarbeiterorganisation in die Hand und bald entwickelte sich eine rege Tätigkeit in dem Verbands, der nun auch nicht mehr wie früher gegen die übrigen Verbände ausgespielt werden konnte.

Heute zählt der christliche Metallarbeiterverband in 28 Ortsgruppen 1300 Mitglieder. Diese Mitglieder verteilen sich auf Niederösterreich (Wien, St. Pölten, Herzogenburg, Traisfen, Waibhofen a. d. Thaya, Mojenau a. S.), Oberösterreich (Steyr, Siering, Steinbach, Reichraming, Wels, Scharnstein, Linz), Steiermark (Douanitz), Böhmen (Eger, Georgswalde), Tirol (Bozen) und Schlesien (Bielitz). Verbandsorgan ist der „Christliche Gewerkschafter“, da ein eigenes Fachorgan noch nicht besteht. Der Wochenbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 35 und 45 Heller, für weibliche Mitglieder 26 und 36 Heller. Hierfür erhalten die Mitglieder das Verbandsorgan, Rechtsschutz, Arbeitsnachweis, Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung (8 resp. 4 Kr.), Streik- und Gemafregelten-Unterstützung (14 resp. 7 Kr.) Trophäen der Verband erst seit kurzer Zeit wieder in Funktion ist, war derselbe schon an zahlreichen Lohnbewegungen beteiligt. Eine Kraftprobe war für den noch kleinen Verband der Lohnkampf, den derselbe im Herbst des vorigen Jahres (nach halbjährigem Bestehen) in Wiezeburg auszufechten hatte, und der mit einem glänzenden Erfolge endete. Insgesamt wurden bisher an Streikunterstützung 6500 K. ausbezahlt.

Agitatorisch ist der Verband, dessen Obmann Kollege A. Wernisch ist, sehr rührig. Seit kurzem hat der Verband in dem rührigen Sekretär Kollegen F. Kraus eine freigestellte Kraft und steht zu hoffen, daß die günstige Entwicklung auch in der Zukunft anhalten wird. Das Ziel ist aber auch noch ein sehr großes. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der seit Jahrzehnten tätig ist, hat es Ende 1906 auf 33023 (davon in Wien allein 22 338) Mitglieder gebracht. Das sind aber kaum 25 Prozent aller in Oesterreich organisierten Metallarbeiter. Wenn da tüchtig zugegriffen wird, kann noch sehr viel für den christlichen Verband geholt werden. Insbesondere wäre es erwünscht, wenn alle nach Oesterreich reisenden Kollegen des deutschen Reiches sich mit der Zentrale in Verbindung setzen würden. Alle Zuschriften dieser Art werden erbeten an Kollege Franz Kraus, Wien XIV/2, Weiglgaße 13.

Sehr wünschenswert wäre auch der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages zwischen den Verbänden in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Vielleicht könnte der deutsche Verband die bereits in Nr. 38 von dem schweizerischen Bruderverband gegebene Anregung aufgreifen.

Jetzt wird die Verbandsleitung der Festigung und dem inneren Ausbau des österreicherischen Verbandes ihr größtes Augenmerk zuwenden. Die Wut der Gegner ist groß und sie scheuen kein Mittel, ja sie bringen die christlichen Arbeiter ums Brot, nur um ihnen die so verhasste christliche Organisation unmöglich zu machen.

Aber auch die nationalen Verhältnisse in Oesterreich sind für den Ausbau der Organisation sehr schwierig. Der Verband kann seine Tätigkeit nur auf das deutsche Gebiet der Monarchie strecken, während die übrigen Gebiete vollständig versperrt sind. Nicht daß es bei den anderen Nationen etwa an christlichen Elementen unter der Arbeiterschaft fehle. Einzig die traurigen nationalen Kämpfe sind es, die die slavischen Kollegen dazu brachten, sich eigene Organisationen zu schaffen, die noch dazu sich nicht ausschließlich auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränken. Jedenfalls werden die anderssprachigen Kollegen erst bittere Lehren empfinden müssen, bis sie einsehen werden, daß die Arbeiter in einem einheitlichen Staate wie Oesterreich gemeinsam vorgehen und in einer zentralen Organisation vereinigt sein müssen, wenn sie etwas erreichen wollen.

zieht man noch die große Interessenlosigkeit, die gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung leider noch immer an vielen Orten herrscht, in Betracht, so muß anerkannt werden, daß die österreicherischen Kollegen mit ungeheuerlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Trotzdem werden die

Kollegen aber alles tun, um diese Schwierigkeiten zu überwinden und es ist nicht zu zweifeln, daß unausgesetzte und fleißige Arbeit auch hier von großem Erfolg begleitet sein wird. Sp.

Le prix du pain dans la région industrielle de Lorraine.

Quelle ne fut pas la surprise de nos bons Hayangeois de voir des affiches posées à différentes boulangeries leur annonçant que le pain de six livres était augmenté de huit pfennigs, ce qui porte à 1 Mk. 04 le prix de la miche de six livres. Il y a deux mois à peine que l'on avait déjà fixé le prix de 88 à 96 pf. et tout le monde comptait en rester au moins la en attendant une baisse. Mais voilà que tous les boulangers de Knutange, Algrange etc ont d'un commun accord décidé cette augmentation très sensible.

Vis-à-vis de cette situation, quel sera le remède des grandes familles ouvrières usant de 8 à 10 livres de pain par jour? Le pauvre père de famille pourra porter toute sa paie au boulanger. Tous les commerçants semblent vouloir spéculer sur la masse des ouvriers, et ce sont les ouvriers qui sont forcés d'avaler la pilule.

La vie devient de plus en plus chère, nous arrivons péniblement à subvenir à notre famille. Telle est la réponse que nous donnent 90 sur 100 ouvriers. Les uns disent même: „On devient chaque jour plus pauvre“. Eh, bien, Camarades, employons les mêmes moyens que les commerçants, soyons unies, organisons-nous tous au Syndicat chrétien des ouvriers métallurgique, car c'est seulement le Syndicat qui peut améliorer notre situation. Camarades! ouvrons les yeux, élevons nos coeurs, jetons-nous avec ardeur dans le combat dans le mouvement chrétien et national des ouvriers, en faveur de notre droit et de notre bonheur. Voilà qui doit être le mot d'ordre pour chaque ouvrier, car notre époque demande à la classe ouvrière autre chose que des plaintes inutiles et des rêveries indifférentes. Pas découragement mais de l'action.

Seule l'organisation syndicale est capable de garantir à chacun secours et protection et de défendre les intérêts de la classe ouvrière toute entière. L'union des ouvriers exige impérieusement que personne ne se tienne à l'écart, mais que tous y concourent.

Nos buts sont grands et sublimes, ceux que ce mouvement ouvrier chrétien et national s'est donné pour tâches. Il veut sur la base de l'ordre actuel, civil et sociale, défendre les intérêts de la classe ouvrières.

Nos tâches sont civiques. Nous attendons le triomphe de notre cause, non de la ruine des autres classes, mais du passage sur le pont jeté sur les deux rives des oppositions économiques. Notre but est, et doit être, de mettre un cran d'arrêt au mouvement socialiste, en poursuivant la réforme sociale chrétienne. C'est pourquoi entrez dans l'organisation et développez y la vie sociale. Grand sont les tâches que la classe ouvrière doit remplir, nous les accomplirons en complétant notre éducation, et en gagnant des membres capable; alors nous pourrions envisager sans crainte les événements. Camarades! Souvenez-vous de la parole du grand Reichensberger: „La parole est puissante, l'écriture est plus puissante, mais le plus puissant sont les actes“.

Camarades! agissons conformément à ces paroles, alors en Lorraine aussi les ouvriers des forges jouiront de temps meilleurs. Camarades, nous voulons être un peuple de frères et nous voulons tous tenir ensemble dans le Syndicat des ouvriers en métaux. E. E.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

5. Delegiertentag der christl. Gewerkschaften Schlesiens.

Unter großer Beteiligung aus allen Bezirken der Provinz tagte dieser am 13. Oktober in Opeln. Voraus ging eine vom Ortstaktell einberufene, von zirka 300 Personen besuchte Versammlung, in der Generalsekretär Stegerwald-Röhl über „Die Beziehungen der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiterstand“ in erschöpfender Weise referierte und die einen imposanten Verlauf nahm. Die anwesenden Gegner hatten trotz wiederholten Aufforderns nicht den Mut zu einer Entgegnung und konnte der Leiter der Versammlung konstataren, daß auch die Gegner mit den Ausführungen einverstanden waren.

Es war ja ein Beamter der freien Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilung anwesend.

Nachmittags gegen 2 Uhr eröffnete im Saal „Schwarzer Adler“ Gewerkschaftssekretär Gloger Breslau mit einleitenden Begrüßungsworten die eigentlichen Verhandlungen. Anwesend waren Delegierte; als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stegerwald. Nach Bildung des Bizelektorats Gloger-Breslau über den 1. Punkt Tagesordnung: Gegenwärtiger Stand und weitere Aufgaben unserer Bewegung in Schlesien. Vorhanden sind 131 Ortsgruppen mit rund 7500 Mitgliedern. Die Tatsache, daß auf dem Delegiertentag 1905 nur 2300 Mitglieder vorhanden waren, nur ein Gefühl der Befriedigung erwecken. Fester ist nun in allen Teilen der Provinz gefaßt und wird fieberhaft an der Festigung der errungenen Positionen gearbeitet. Kartelle, deren 1905 dreihundert waren, sind nun 11 vorhanden, und weitere Einrichtungen folgen in Kürze. Ein größerer Teil der Kollegen ist nun auch fähig, agitatorisch tätig zu sein, nur muß die Scheu überwunden werden. Aber nicht nur ziffernmäßig ist es vorangegangen, auch in gewerkschaftlicher Betätigung unser Erfolg groß, so daß jeder Delegierte mit neuer Eifer für die Ausbreitung unserer Bewegung arbeiten verpflichtet ist. Es folgte noch eine Besprechung der einzelnen Gebiete, in denen wir dieser oder jener Weise vorwärts müssen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Aufgaben der Zahlstellen-Vorstände und Vertrauensmänner in der inneren Verwaltung und Agitation. ersattete Kollege Müller-Neustadt das Referat. Fortschritte zu erzielen, ist vor allem nötig, die vorbenannten sich bemühen, die Geschäfte der Zahlstellen tabellos zu erledigen. Dann kann auch der freigestellte Beamte zum Zweck der Errichtung neuer Zahlstellen mehr entlastet werden. Nach Steigerung der Aufgaben des Vorstehenden, Kassierers, Schriftführers usw. wird auch auf Anschaffung von Bibliotheken hingewiesen, damit intelligente strebsame Mitglieder Gelegenheit zur Weiterbildung erhalten und bei Unterrichtskursen das nötige Material zur Verfügung steht. Die Mittel hierzu anzubringen, muß die Kollegenschaft sich angelegen sein lassen und dabei nicht knausern. An Orten wo Kartelle sind, muß jede Zahlstelle sich anschließen, um für die Gesamtbewegung zu wirken. Die erste Pflicht müssen es Vorstände und Vertrauensmänner betrachten, unter den Mitgliedern Aufzucht zu wirken.

In der folgenden regen Diskussion über die zwei Referate gab insbesondere Kollege Stegerwald Ratsschläge, wie in Schlesien trotz der schwierigen Situation, die vor Jahrzehnten dort, wo heute starke Organisationen anzutreffen sind, genau war, Erfolge in der Aufklärung der Arbeiterschaft erzielt werden können. Dringend nötig ist, daß die Vorstände jeden Monat eine Sitzung abhalten, die herausgegebene „Handbuch der christl. Gewerkschafter“ gibt auf jede Situation Auskunft und muß jeder Zahlstellenvorstand mit den Inhalt sich vertraut machen.

Punkt 3 der Tagesordnung: „Unjere Stellung den gegnerischen Organisationen“ behandelte Kollege Ehrhardt-Kattowitz in längerer Ausführung. Am besten ist es, überall unser Programm ausführlich und klar darzulegen, so kommen wir am besten vorwärts. Notwendig ist es, bei den „freien“ die heißt sozialdemokratischen Gewerkschaften, größte Vorsicht bei Führung von Lohnkämpfen zu üben, da jene jede Gelegenheit benützen, um uns Schaden zuzuführen. Die Kirch-Dunder, welche meistens nur Feste feiern und Unterstützungszwecken dienen kommen bei uns nicht in Betracht. Die katholischen Fachabteilungen, welche gegründet sind zur Unterstützung der christlichen Gewerkschaften, sollen nicht unterschätzt, auf keinen Fall aber auch überschätzt werden, zumal sie in der letzten Zeit sich nur als Streikbrecherorganisationen entpuppt haben. Die Erfahrung hat uns schon gezeigt, und wird weiterhin Beweis liefern, daß auch der schlesische Arbeiter sich auf die Dauer nicht bevormunden läßt.

Aus der Korrespondenz heraus wurde dann noch besonders die in Neitz erscheinende „Österr. Arbeiterzeitung“ zum Abonnement empfohlen, die die katholischen Arbeiter, selbige erscheint in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Da unsere Mitglieder aus den „Berliner“ Vereinen hinausbeziehen werden, soll auf diese Weise ihnen eine Zeitung zur Festigung ihrer religiösen Ueberzeugung in die Hand gegeben werden. (Zu überlegen bleibt wohl ob nicht auch weitere kath. Arbeitervereine in Schlesien ohne „Sitz Berlin“ möglicherweise errichtet werden, um der Arroganz der Berliner entgegenzutreten. D. B.) Nach Beratung einiger Punkte war die Tagesordnung erledigt, und wurde nach einem begeisterten Schlusswort des Kollegen Stegerwald, in dem er nochmals die künftige Agitationsarbeit jedem Delegierten ans Herz legte, mit einem dreifachen Hoch der Delegiertentag geschlossen.

Zweifelloos hat die Zusammenkunft ihren Zweck die einzelnen Delegierten mit neuer Begeisterung für unsere Bewegung zu erfassen und Anregung für praktische Arbeit gemeinsam mit Vertretern

Proge mit jeder Belegerte das Schlüsselwort des Kollegen Steuermann beherrigen: Darum ihr 95, die ihr versammelt seid, geht begeistert hinaus und erfüllt eure Pflicht, dann wird auch diese Konferenz reiche Früchte tragen.

Ermüdung durch die Berufsarbeit.

Auf dem 14. Internationalen Kongress für Hygiene und Demographie, der kürzlich in Berlin stattfand, machte in der 4. Sektion (Berufshygiene und Fürsorge für die arbeitenden Klassen), der Regierungsbauernmeister Eisner-Berlin höchst bemerkenswerte Ausführungen über die Ermüdung durch Berufsarbeit. Er hat eine Umfrage bei den Industriellen verschiedener Berufsgruppen veranstaltet und bestätigt gefunden, daß, von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, der deutsche, normale, d. h. gesunde, auf die Arbeit und die Arbeitsstelle eingewöhnte Arbeiter in der heute normalen Arbeitszeit ohne erhebliche Ueberstunden, bei den heutigen Fabrikeinrichtungen und unter den heutigen sozialpolitischen Verhältnissen berufsmäßiger Pflicht bis zu einer Ermüdung arbeitet, welche ihn dauernd schädigt.

Und Regierungs- und Geh. Medizinalrat Dr. Roth-Botsdam, erklärte:

Um einer chronischen Uebermüdung vorzubeugen, müsse die Arbeitsintensität der Leistungsfähigkeit des Arbeiters angepaßt sein. Je anstrengender die Arbeit und je weniger ansteigend die Arbeitspausen sind, um die Ermüdungsstoffe fortzuschaffen, um so früher tritt Ermüdung ein und um so länger muß die Arbeitsdauer bemessen werden. Betriebsgefahren, hohe Temperaturen, gezwungene Körperhaltung, hohe Feuchtigkeitsgrade, heftige Erschütterungen, einseitige Inanspruchnahme einzelner Muskeln, unzureichende Ernährung und ungelungene Lebensführung beschleunigen den Eintritt der Ermüdung. Es muß in allen gewerblichen Betrieben auf ausreichende Zufuhr frischer Luft gesehen werden. Durch Forderung aller auf eine rationelle Ernährung gerichteten Maßnahmen, Fernhaltung von alkoholischen Getränken und sonstige geeignete Maßnahmen wird einer ungünstigen Einwirkung dieser Faktoren zu beugen sein. Arbeiten, die an die Verantwortlichkeit und Aufmerksamkeit der beschäftigten Personen besondere Anforderungen stellen und die mit andauernder geistiger Anstrengung einhergehen, sind geeignet, den vorzeitigen Eintritt der Ermüdung zu begünstigen. Das selbe gilt unter Umständen von Eintönigkeit der Arbeit. Für die Beurteilung etwaiger Berufsschäden im allgemeinen und der Folgen körperlicher und geistiger Ueberanstrengung im besonderen sind außerdem von einer entsprechenden Morbiditätsstatistik der Krankenkassen, die außer Zugehörigkeit zum Berufe auch die Altersgrenze zu berücksichtigen hatte, wertvolle Aufschlüsse zu erwarten.

Ein Privatdozent Dr. Tieves-Turin hielt es für höchst wünschenswert, daß alle Regierungen nach dem schon jetzt in Belgien, Holland, England und anderen Staaten vorhandenen Beispiel neben der gesetzlichen technischen Ueberwachung der Arbeit und Arbeitszeit eine planmäßige ärztliche Ueberwachung einführen.

Dem kann man ruhig hinzufügen, daß alle hier angedeuteten Forderungen für keine Arbeitergruppe brennender sind, und ihrer endlichen Erfüllung harren, als für die Hütten- und Walzwerksarbeiter. Daß jetzt die Vertreter der Wissenschaft ihre Stimme im Interesse der Menschlichkeit mit unsern Forderungen vereint, das kann nur begrüßt werden und legt den Arbeitern selbst aber auch die Pflicht auf, auf dem Gebiet der Selbsthilfe durch Anschluß an die Organisation mitzuarbeiten, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Arbeiter und Unfallverhütung.

„Der neue Jahresbericht der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter für 1906 führt,“ so lesen wir in dem „Reformblatt für Arbeiterversicherung“, lebhafteste Klagen über die Gleichgültigkeit, mit der die Arbeiter oft den Unfallverhütungsvorschriften gegenüberstehen. Nur in einzelnen Bezirken ist es gelungen, einen Erfolg in dieser Beziehung zu erzielen. Zum Teil haben die Arbeitgeber dafür gesorgt, daß die Verhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften in regelmäßigen Zwischenräumen bekannt gegeben wurden. Auch dadurch, daß man den Arbeiterschülern die Ueberwachung der Innehaltung der Schutzvorschriften übertrug, sind günstige Resultate erzielt worden. Ferner haben sich Prämien, die sowohl seitens einzelner Arbeitgeber als auch Berufsgenossenschaften ausgesetzt wurden, aufs Beste bewährt. Alle diese an sich lobenswerten Versuche sind jedoch verhältnismäßig vereinzelt.

Die hohe Zahl der selbstverschuldeten Unfälle macht ein systematisches, einheitliches Vorgehen durchaus notwendig. Zunächst müßte eine regelmäßige Aufklärung und Belehrung über die Notwendigkeit und richtige Anwendung der Verhütungsvorschriften seitens der Gewerbeaufsichtsbeamten durchgeführt werden. Diese Belehrung könnte in Form von Vorträgen bei Gelegenheiten der Besichtigungen oder bei den Veranstaltungen der Arbeitervereine am besten stattfinden. Auch die Form von Volksvorlesungen (wie in Frankfurt a. M.) würde sich dafür eignen. Nur müßte man sich zu diesem Zwecke der Mithilfe von Organisationen versichern, die überhaupt mehr als bisher auf diesem Gebiete leisten müßten. Bei grober Fahrlässigkeit und dergl. wäre die Anbahnung des Strafrechts seitens der Berufsgenossenschaften durchaus angebracht, auf der anderen Seite aber auch Belohnung für entschlossenes Handeln im Falle eines Unfalls. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der

Unfallverhütung ist ein Feld, auf welchem noch vieles zu leisten übrig bleibt, auf welchem sich jedoch andererseits Erfolge, wie an einzelnen Beispielen bewiesen ist, nicht allzu schwer erreichen lassen.“

Es soll nicht geleugnet werden, daß mancher Unfall durch Verschulden der Arbeiter hervorgerufen wird. Da, wo man grobe Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften findet, möge man auch nur energig dabei vorgehen. Aber man vergesse dabei nicht, daß oft nur der Schein für grobe Fahrlässigkeit spricht. Die hastige Arbeitsweise, das Jagden und Wühlen und das fortwährende Leben und Wirken in den Gefahren, stürzt ab. Wenn durch solche Umstände Unfälle hervorgerufen werden, dann ist nicht der Arbeiter schuld, sondern dann sind es die Verhältnisse. Also auch hier Gerechtigkeit!

Fürsorgestellen für Lungenkranke.

Es dürfte wenig Krankheiten geben, bei welchen ein öffentliches Eingreifen so not tut, wie bei Tuberkulose aus ärztlich-hygienischen sowohl wie aus humanitären Rücksichten. Gewiß leisten ja die Volkshilfsstätten ganz hervorragendes im Kampfe gegen die Schwindsucht, aber sie bilden nur ein Glied in der Kette der Abwehrmaßregeln; die Sorge um die armen Schwindsüchtigen muß weiter gehen, sie muß ihm bei Verbringung in dieselbe behilflich sein, sie muß sich ferner nach der Entlassung seiner annehmen, eventuell ihm bei der Auswahl eines neuen Berufes behilflich sein. Dabei kommen nur zunächst die heilbaren Fälle in Betracht. Um die schweren, unheilbaren Kranken hat man sich überhaupt bis jetzt ganz wenig gekümmert; diese sind aber am allerhilflosesten und wegen ihres reichlichen Auswurfes gefährden sie am meisten die Umgebung. Ein dankbares Objekt der Tätigkeit dieser Fürsorgestellen sind ferner die Familien der Erkrankten, sie werden besucht und unterstützt durch Gewährung von Betten und Kleidungsstücken, ist die Wohnung ungenügend, so wird für eine neue Wohnung gesorgt; Wohnung und Hausrat werden desinfiziert. Den Kranken werden Stärkungsmittel verabreicht und sie und ihre Familie zu einer hygienischen Lebensweise erzogen. Die eigentliche Behandlung ist nicht Aufgabe der Fürsorgestellen, wohl aber die Feststellung der Krankheit. Diese sozial-hygienischen Institutionen sind in vorbildlicher Weise zuerst in Belgien und Frankreich entstanden, sie bilden dort einen Ersatz für die Volkshilfsstätten. In Deutschland ist die erste derartige Anstalt in Berlin errichtet worden, und zwar in Verbindung mit der inneren Poliklinik der Charitee. Sie hat in den ersten vier Monaten ihres Bestehens 315 Familien in Fürsorgebehandlung genommen. Ein Ersatz des preussischen Medizinalministers empfiehlt die weitere Gründung derartiger Wohlfahrtsanstalten im Anschluß an Lungenheilstätten und hygienische Institute.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlung ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Ahlen. Bei der Firma Gebr. Selter (Stanz- u. Emailierwerke) stehen die Stanzler und Schlosser in einer Lohnbewegung.

Wocholt. In der Herdfabrik der Firma J. B. Klinghorst sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen stehen im Streit.

Bremen. Die Arbeiter der Bremer Straßenbahn, Dreher, Schlosser und Schmiede stehen im Streit.

Muppichterath (Bröhlthal). Bei der Firma Gebr. Willach, Möbelschloß- und -beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Elegkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche organisierte Edelmetallarbeiter ausgesperrt.

Schw.-Gmünd. Die Firma Joh. Herzer ist bis auf weiteres für Angarbeiter und verwandte Berufe gesperrt.

Lünen. Bei der Firma Gottfr. Quittmann stehen die Arbeiter im Streit. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

Falkau. Die Arbeiter der Draht- u. Schraubenfabrik Falkau stehen in einer Bewegung.

Eingen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Krefeld. Die Lehrgen Elektromonteurs sind in eine Lohnbewegung getreten.

Maghütte-Salzhof. Infolge Lohn Differenzen ist auf der hiesigen Hütte ein Streit ausgebrochen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Die Gerichtsverhandlung hat noch nicht stattgefunden. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 3. November der fünfundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 10. November 1907 fällig.

Die Abrechnung vom 3. Quartal muß innerhalb 4-5 Wochen nach Quartalschluß in allen Ortsgruppen fertiggestellt und eingeleistet werden. Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung noch nicht eingeleistet haben, werden ersucht das Versäumte sofort nachzuholen und Geld und Abrechnung an die Zentrale zu senden.

Der Ortsgruppe Dortmund, Sektion für das Kleingewerbe wird die Genehmigung zur Erhebung eines Ortsbeitrages von monatlich 50 Pfg. neben dem laufenden Beitrage von 60 Pfg. wöchentlich, erteilt.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wurden die früheren Mitglieder H. Potthof, Buchnummer 83925 und H. Deteling, Buchnummer 92329 wegen Streikbruch auf Antrag der Ortsgruppe Dortmund.

Bei den Ortsgruppen, die die Arbeitslosen-Zählkarten zu spät eingeleistet hatten, ist in der vorigen Nummer irrtümlicherweise auch Mänderoth mitgenannt worden. Diese Zahlstelle ist seit kurzem mit Engelskirchen zentralisiert und braucht deshalb eine Arbeitslosenkarte nicht einzusenden, was hiermit berichtet sei.

Aus dem Verbandsgebiet.

Freiburg. Es war mal wieder nicht. Als Leses unseres Organs werden sich erinnern, mit welchen Schwierigkeiten wir hier zu rechnen haben. Schon bei der Gründung unserer Zahlstelle war es uns nicht möglich, in der Stadt selbst ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu erhalten, deshalb mußten wir nach auswärts gehen. Man drohte sogar den Birren mit einer Biersteuer. Als später unser jetziger Vereinswirt sein Lokal zur Verfügung stellte, wurden alle Anstrengungen gemacht, ihm das Leben sauer zu machen. Neben seiner Wirtschaft betrieb er noch ein Baugeschäft. Von der Melburgerhütte, für die er früher viel gearbeitet hatte, wurde er boykottiert. Der Bierverleger entzog ihm das Bier und die Stadtverwaltung kündigte ihm die Hypothek, welche er von der Sparkasse hatte; der Verband würde mit Argusaugen überwachen. In jeder öffentlichen Versammlung erschien der Herr Bürgermeister in eigener Person. Die Ortsgruppe wurde einmal sogar aufgelöst. Eine öffentliche Versammlung, die als Volksversammlung einberufen, aber auf den Namen des Verbandes von der Behörde beschneit wurde, verfiel der Auflösung durch den Herrn Bürgermeister. Die Begründung lautete: „der öffentliche Metallarbeiterverband existiere hier nicht mehr.“

Um nun derartigen Fällen aus dem Wege zu gehen, sollte darauf Bedacht genommen werden, keine Versammlung mehr sich so beschneien zu lassen. Als dieses nun wieder geschah, gestellte der Referent, Kollege Franzen, in einer öffentlichen Versammlung das Verhalten des Bürgermeisters scharf. Jedoch, mit des Geschäftes Richter ist kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Durch die Ausführungen des Referenten fühlte der Herr Bürgermeister Brandt, Oberhaupt der Stadt Freiburg, sich beleidigt und stellte Strafantrag. Worin bestand die Beleidigung? Kollege Franzen sollte die ausgesetzte Besetzung „Misch“ genannt haben, dieselbe dann so auf den Tisch geworfen, daß sie zur Erde fiel. Fürwahr eine Handlung, welche bestraft werden mußte, nach Ansicht des Herrn Bürgermeisters. Am 10. Oktober war nun der Bürger vor dem zuständigen Amtsgericht in Besef erschienen. Kollege Franzen bestritt hier den Anbruch „Misch“ gebraucht zu haben, die Zeugen, Polizeisergeant Sinker und Gendarm Nolte waren anderer Meinung. In seiner Verteidigung führte der Defizient aus, daß durch die Bekämpfung des Verbandes ihm die Agitation bedeutend erschwert würde, hierauf sah er den § 193, Wahrung berechtigter Interessen, und beantragte keine Freisprechung. Der Amtsanwalt beantragte 20 Mk. Geldstrafe und öffentliche Widerrufung. Das Gericht aber sprach den Bürger frei.

Kollegen von Sselsburg! Trotz aller Bekämpfung hat man es nicht vermocht, uns zu beseitigen. Hoffentlich sehen die Arbeiter von Sselsburg hieran, wie unheimlich wir den Herren, wie notwendig und nützlich aber der Verband für die Arbeiterschaft ist. Sorget dafür, daß auch der letzte Arbeiter sich dem Verbands anschließt, dann werden auch jene Herren sehen, daß sie ein Teil sind, von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Vorbed. Wegen Neben in einer Werkstattbesprechung der Hochofenwerke Vorge-Vorbed der Hütte „Phönix“ hatte der Bezirksleiter Franz von unserem Verbandes und Herr Rakobs (S.-D.-Eisen) ein Strafmandat von 15 Mk. erhalten. Auch der Lokalführer bekam ein gleiches. Hiergegen wurde Berufung eingelegt. In einer am 16. Oktober stattgefundenen Sitzung des Schöffengerichts Vorbed wurden alle drei freigesprochen.

Duisburg. In Nr. 48 des „Regulator“ wird eine Antwort auf unsere Fragen versucht wann und wo Ketter Streitarbeit verrichtet und welcher christliche Vertrauensmann seine Mitarbeiter denunziert habe. Die Streitarbeit soll im Jahre 1899, also vor 8 Jahren, auf der Niederrheinischen Hütte gemacht worden sein. An den Behauptungen des Herrn Köppen ist zunächst direkt unwahr daß Ketter den Former B. vorher vor der Ausföhrung dieser Arbeit gewarnt habe. Wenn Ketter die hier gemeinte „Streik-Arbeit“ verrichtet hat, so möge sich der Regulator und sein Gewährsmann Köppen das eine merken daß unter den gegebenen Umständen heute noch die S.-D. organisierten Former genau dasselbe machen würden und machen in überten, wenn sie nicht wie Verrückte handeln wollten.

Zu der damaligen Zeit (der christlich-soziale Metallarbeiterverband war damals noch gar nicht gegründet) waren auf der Niederrheinischen Hütte von etwa 200 Former nur ein halbes Duzend organisiert. Ketter der dem Duisburger (Lokal) Formerverein angehörte war unablässig für seine Mitarbeiter tätig und hatte sich dadurch nach oben in bekannter Weise lästig gemacht. Man suchte schon längst einen Grund, um ihn unantastlich aus dem Pflaster jenen zu tönnen und dazu sollte die heute nach acht Jahren — von einem S.-D. Kollegen ausgegrabene „Streik-Arbeit“ als willkommenes Gelegenheit dienen. Ketter ging, jedenfalls nicht zum Schaden seiner Mitarbeiter, nicht in diese Falle, wurde allerdings kurze Zeit nachher doch wegen seinem Eintreten für die Gesamtheit gemahregelt.

Das ist das „Verbrechen“ Keters, der zwar nicht dieses einmal sondern wiederholt wegen seiner Wirksamkeit für die gesamten Berufs Kollegen aus Brot und Arbeit gekommen und die schwersten Zeiten durchzumachen gehaut hat. Dafür wird er heute noch nach acht Jahren, von einem auchorganisierten Nachfolger ohne jeden Anlaß angezapft und ein Organ, das angeblich Arbeiterinteressen und die Arbeiterkollektive vertreten will, gibt bereitwillig seine Spalten dazu her.

Das selbe Blatt gab sich in einer früheren Nummer dazu her, unseren Kollegen Ketter der Wahrheit zum Spott und Hohn als Alkoholiker öffentlich zu verleumden und möchte sich in seiner letzten Nummer wie ein Phariseer über den Lou entrichten, mit dem Kollege Ketter dem S.-D. Gewährsmann des Regulator seine Flegeleien heimgezahlt hat.

Kollege Ketter und seine Verdienste um die Arbeiterschaft, die ihm die schwersten persönlichen und materiellen Opfer nicht erspart haben, stehen viel zu hoch da, als daß sie von Dirich-Dunderscher Gehässigkeit in den Schmutz gezogen werden könnten.

Soviel zu der ersten Frage.
Die zweite Frage, welcher christliche Vertrauensmann eine Mitarbeiter denunziert habe, wird vom Regulator trotz unserer wiederholten Aufforderung noch immer nicht beantwortet. Man kann es nicht, weil es eben ein haarsträubender Blödsinn oder eine aus nicht ganz reinen Zingern gezogene Lüge ist. Soviel dem Regulator und seinem Köppen auf die zweite Frage.

Wenn Köppen sich aber gern als Hauswächter der gewerkschaftlichen Grundzüge und Arbeiterkollektive betätigen will, braucht er keine acht Jahre zurückzugehen. Es ist noch gar nicht lange her, als Gesinnungsgenossen und Verbandskollegen von ihm auf der Niederrheinischen Hütte dahin zu wirken suchten, daß Arbeiter in einer Verteilung entlassen werden möchten, damit sie (die Dirich-Dunders) noch mehr wüßten und Ueberstunden machen könnten. Warum schreibt Köppen denn darüber keinen Entrüstungsartikel in sein Leiborgan? Oder weiß er, daß der Magen des Regulator solche Fragen nicht vertragen kann?

Damit ist für uns diese Angelegenheit erledigt, die öffentlich den Herrn von der S.-D. Mächtig das eine gezeigt hat, daß unsere christlichen Kollegen sich nicht wehren und ihnen beschimpfen und verleumden lassen.

Kürnbereg. Am 4. Oktober hatten wir eine außerordentliche Generalversammlung zur Sanierung der inneren Verhältnisse. Quartierverleihen, die insbesondere den Herrn Göß zur Triebfeder hatten, konnten naturgemäß unsere Sache nicht fördern; die Konsequenz war schließlich der Austritt des Herrn Göß und Schütz. Wenn Herr Göß glaubt, durch konfessionelle Verhegung das Arbeiterinteresse zu fördern, werden wir schließlich einmal sein nicht gerade sprechhaftes Gebahren etwas näher beleuchten. Dem Unterstützungsverein der Firma Schuderz, der Herr Göß zum Vorsitzenden hat, haben wir bisher objektiv gegenüber gehalten. Wird derselbe aber von Herrn Göß mißbraucht oder gar zu gelber Funktionen begabiert, so wird unser Verband in entsprechender Weise hierzu Stellung nehmen. Zu diesem Sinne nahm auch die Generalversammlung einstimmig Stellung. Die hieraus folgende Ergänzungswahl hatte folgenden Resultat: 1. Vorsitzender, Kollege A. Konrad; 2. Vorsitzender, Kollege Lud. Schatz; als Beisitzer die Kollegen Giggel, Dohler und Fall. Die Verwaltung wurde durch Beschluß um 2 Beisitzer verstärkt. Kollege Konrad konnte noch feststellen, daß im letzten Quartal die Mitgliederzahl Kürnberegs standhielt, während der Bezirk Kürnbereg im letzten Halbjahr einen Zuwachs von 600 Mitgliedern aufweise. Ein kräftiger Appell zur Mitarbeit schloß die überzeugend verlaufene Versammlung.

Bielefeld. Wie in Bielefeld der Kampf gegen den christlich-soz. Metallarbeiter-Verband geführt wird, spottet nachgerade jeder Beschreibung: Durch die rote Parteipresse wird von seiten der Ortsverwaltung des Bielefelder soz. Metallarbeiterverbandes die Nachricht verbreitet, daß bei der Firma Görrike, Nähmaschinen- und Fahrradfabrik, die Dreher durch fortgesetzte Maßregelungen gezwungen, in einen Streik eingetreten seien. Dazu ist zu bemerken: „Diese Maßregelungen werden nur zum Vorwande angegeben, um den christl.-soz. Metallarbeiterverband, dem es in letzter Zeit gelang, auch im roten Bielefeld festen Fuß zu fassen, von dem weiteren Vordringen abzuhalten. Wie es mit den Maßregelungen bestellt ist, kann am besten durch den „einzigsten Fall“ klargestellt werden: Der Dreher Brande, Mitglied des Arbeiterausschusses, Mitglied des „freien“ sozialb. Metallarbeiterverbandes, meldete sich bei der zuständigen Stelle krank mit dem Bemerkten, er sei lungenkrank und es würde seine Krankheit wohl 2—3 Monate dauern. Wahrscheinlich würde er in eine Lungenheilstätte kommen. Dieser Dreher bediente mit noch einem Helfer drei Handbänke und fünf automatische Drehbänke, welche während dieser Zeit doch nicht stillstehen konnten. Es wurde nun ein anderer Mann an diese Bänke gestellt. Diese Wendung paßte dem Dreher Brause aber keineswegs, denn die Krankheit war mit einem Male gehoben und er meldete sich wieder zur Arbeit. Gefordert wurde nun von ihm, daß er seine sämtlichen Bänke wieder bekommen, sonst könne er seinen alten Lohn nicht verdienen. Da aber eine andere Verteilung vorgenommen werden konnte diesem Wunsch nicht nachgegeben werden; man wollte ihm wohl die drei Handbänke lassen, aber an den fünf automatischen Bänken sollte der Erzgramm weiter arbeiten. Auch wurde ihm bewiesen, daß er trotzdem seinen sonstigen Verdienst erreichen würde, und zwar wurde die 17. und 18. Lohnperiode, wo er nur an drei Bänke gearbeitet hatte, vorgerechnet, daß er in dieser Zeit 82 Mark bei der 17. und 79 Mark bei der 18. Lohnperiode verdient hatte. Die Tatsachen mühten aber alles nichts, es mußte eben etwas gefunden werden, um zu dem erwünschten Ziele zu kommen. So wurde von der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Wertstellenversammlungen abgehalten, um die Leute eben zur Arbeitniederlegung zu treiben. In geheimen Beratungen wurde der Beschluß gefaßt, die christlich organisierten Metallarbeiter müssen aus Bielefeld heraus, demgemäß sollte jetzt gehandelt werden. Was man in der Schiefererei durchzuführen wollte, aber nicht konnte, das soll nun auf eine so windige Art erreicht werden. Die christlichen Metallarbeiter werden sich eine derartige Kampfesweise nicht gefallen lassen, einmütig Mann für Mann hinter ihren Bielefelder Kollegen stehen, um derartige Kämpfe, welche nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen, von vornherein zu vereiteln.

Literarisches.

Den zeitungsendungen liegt ein Verzeichnis vom Generalsekretariat des Gesamtverbandes bei. Dasselbe wird den Kollegen bei der Auswahl von gewerkschaftlicher und volkswirtschaftlicher Literatur gute Dienste leisten. Bestellungen auf Bücher richte man direkt an die Buchhandlung des Gesamtverbandes, Köln, Polsterstraße 14.

Briefkasten.

Kollege P. in L. Wenn ein Ortsgruppenvorsitzender seine Pflicht vernachlässigt und deshalb eine Zahlstelle in Verordnung gerät, so ist zunächst die Bezirksleitung zu verhandigen, die das nötige zu veranlassen hat, um Abhilfe zu schaffen. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden unterliegt selbstverständlich der Genehmigung der Zentrale.

I. Württembergische Gewerkschaftskonferenz.

Der mehrfach geäußerte Wunsch in Württemberg eine allgemeine christliche Gewerkschaftskonferenz abzuhalten hat sowohl im Lande selbst wie auch beim Vorstand des Gesamtverbandes Zustimmung gefunden. Die Konferenz findet daher am Sonntag den 8. Dezember, in Stuttgart statt. Beginn vormittags 10 Uhr. Das Lokal wird noch bekannt gegeben. Jede Zahlstelle kann einen Delegierten entsenden. Kleiner können sich vereinigen zur gemeinsamen Vertretung. Die Kosten tragen die Lokalkassen. Tagesordnung: 1. Stand und weitere Ausdehnung unserer Bewegung; 2. die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben. 3. Etwaige Stellungnahme zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg. Anträge und Beschlüsse sowie Anmeldungen von Delegierten sind längstens bis zum 15. November an den Unterzeichneten zu richten. F. A. Franz Kav. Köhler Stuttgart, Urbanstr. 96.

Berichtungs-Kalender.

Kollegen! Ein pflichtbewusster Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen!
Bredach S. Sonntag 3. Nov. nachmittags 4 Uhr in Großlittersdorf um 7 Uhr in Kleinlittersdorf.
Bremen. Am 2. November Versammlung mit Vortrag Referent: Arbeitersekretär Hahn.
Bremerhaven. Wegen Verlegung der Versammlungslokale finden die Versammlungen alle 14 Tage freitags bei E. Lüden Schifferstr. 7 statt. Nächste Versammlung 8. November.
Commern (Hsb.). Jeden 2. Sonntag im Monat Vertrauensmänner-Versammlung. Jeden 4. Sonntag Versammlung beim Wirt B. Mit.
Duisburg-Biersheim. Sonntag den 3. Nov. nachmittags 3 1/2 Uhr im Lokale Kaspar Greiß, Friemersheimerstraße.
Düren. Sonntag, den 3. November, Mitgliederversammlung mit Vortrag bei Lorenz Klinkenberg, Düren, Philippstr. Es wird gebeten pünktlich 11 Uhr vorm. zu erscheinen. Diefelbe findet in oberen Saal statt.
Effen. (Schlosser und Schmiede des Kleingewerks). Sonntag, den 9. November, abends 8 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.
Effen-Golsterhausen. Sonntag, den 3. November vorm. 11 Uhr Versammlung in der „Erholung“ Hobeisenstraße. D Kollegen werden gebeten pünktlich und vollständig zu erscheinen.
Effen-Dutrop. Sonntag, den 10. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Dutrop.
Effen-Mittenscheid. Sonntag, den 10. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Walzen, Mittenscheiderstr.
Effen-Steele. Sonntag, den 3. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei König Schauffeestraße.
Geisweid. Samstag, den 9. November findet im Lokale Schäfer unsere Mitgliederversammlung mit Vortrag statt.
Gelsenkirchen-Dulme. Samstag, den 2. November abends 8 Uhr bei Melche.
Gelsenkirchen-Süllen. Samstag, den 2. November abends 8 Uhr bei Brog.
Großenbaum-Buchholz. Sonntag, den 3. Nov., nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Römer.
Hamm. (Ortsverwaltung). Sonntag, den 3. November nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus bei Ditz, Feidstr. Frauen mitbringen. Jeden Mittwoch abends von 8—10 Uhr Unterrichtskursus in demselben Lokal, woran alle Kollegen teilnehmen können.
Karlruhe. Die Versammlungen finden an jedem 3. Samstag abends 1/2 9 Uhr im Promenadenhaus, Kaiserallee 13 statt. Nächste Versammlung 16. November. Sektion Durack. Versammlung jeden 1. Sonntag nachm. 1/2 4 Uhr, Restaurant an Bahnhof. Nächste Versammlung 3. November. Sektion Etlinge. Versammlung jeden 3. Sonntag nachm. 1/2 4 Uhr, Lokal zur Cour.
Leichlingen. Sonntag, den 3. November vorm. 11 Uhr Generalsversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.
Leinathe. Sonntag, den 3. November, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Körner-Damm. „Die Lage der Arbeiter in der Kleinteilen-Industrie“. Die Kollegen von Nachrod, Destrich, Grün sind freundlichst eingeladen.
M.-Burbach. Sonntag den 3. November vorm. 11 Uhr Versammlung bei B. Bauer.
Oberhausen. Sonntag, den 10. November, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Dierbosel, Dehler Markt.
Olsberg. Am 2. November, abends 8 Uhr bei W. Kroh Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung. Sonntag, den 3. November, morgens 11 Uhr Versammlung in Winninghausen, nachm. 5 Uhr in Hoppete, abends 8 Uhr in Bontkirchen, Referent Bezirksleiter Weinbrenner.
Schramberg. Versammlung jeden 3. Samstag im Monat Sonntag, den 10. November Gewerkschaftsfeier in Bären.
Sulzbach (Oberpfalz). Sonntag 10. Nov. Mitglieder-Versammlung bei Hof. Schall. — Die Adresse unseres Vorsitzenden ist: Wolfgang Schlicher, Langgasse 21. Alle Meldungen sind bei zu machen und auch die Unterstützungen in Empfang zu nehmen.
St. Ingbert S. Sonntag 3. Nov. 11 Uhr vorm. Versammlung (General) bei Kasse Weider, 4 Uhr nachmittags Vers. in Niederrhein.
Velbert. Samstag 9. Nov. außerordentliche Generalversammlung bei Fehlinger.
Witten-Annen. Sonntag 3. Nov. morgens 11 Uhr bei K. Hoppe, Annen. Sonntag den 10. d. Mts. abends 6 1/2 Uhr öffentl. Hütten- u. Stahlwerkarbeiter-Versammlung bei Schumacher (Wieder) Witten. Kollegen! agitiert für eifrigen Besuch!
Witten-Annen. Die Auszahlungen der Unterstützungserfolge für Witten durch den Kollegen H. Etzschhausen, Oberstr. für Annen: W. Meß, Gerbederstr. 52 wohnhaft. Die Vertrauensmänner werden ersucht, sofort abzurechnen, um die Quartalsrechnung fertig stellen zu können.

Flugzettel :: :: Plakate
Eintrittskarten :: Mitgliedskarten
Programme :: :: Liedertexte
Statut-Abdrücke, überhaupt alle
Verbands- und Privat-Druckachen
Liefere mir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Auslieferung per Postpaket.
:: :: Genossenschaftsdruckerei :: ::
Edo vom Niederrhein, Duisburg.

Riepenkerl!
Tabake sind allen voraus!
1/4 Pfd.-Pakete à 20 Pfg. bis 1 Mark.
Überall käuflich!
Alleinige Fabrikanten:
Oldenkott-Rees.